

Blog



06.06.2017

von

Kurzgefasst

Dr. Hans-Walter Peters, Präsident des Bankenverbandes und Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter der Privatbank Berenberg, im Interview mit dem Handelsblatt zu den dramatischen Folgen der Nullzinspolitik, der Furcht vor einem

Abschwung in Deutschland und seinem Wunsch nach einem europäischen Banken-champion.

Dr. Hans-Walter Peters, Präsident des Bankenverbandes und Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter der Privatbank Berenberg

Peters: Ungemütliche Zeiten

6. Juni 2017

Interview mit Dr. Hans-Walter Peters, Präsident des Bankenverbandes und Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter der Privatbank Berenberg, im Handelsblatt

Der Präsident des privaten Bankenverbandes über die dramatischen Folgen der Nullzinspolitik, die Furcht vor einem Abschwung in Deutschland und seinen Wunsch nach einem europäischen Banken-champion.

Hans-Walter Peters ist nicht dafür bekannt, dass er pausenlos über die Herausforderungen der Bankenbranche jammert. Und das „Schietwedda“, stundenlanger Nieselregen bei niedrigen Temperaturen, dürfte seine Stimmung auch nicht drücken, denn das kennt der Chef der Berenberg Bank am Hamburger Firmensitz zur Genüge. Nach gut einer Stunde Gespräch hat man schließlich selbst das Gefühl, den deutschen Banken

Schlagworte

Wirtschaftspolitik
Regulierung
Finanzplatz Deutschland
Wirtschaftswachstum
Aktien
Brexit
Geldpolitik
Niedrigzinsen
Peters
MiFID
EZB
BaFin

Blog ungemütliche Zeiten bevor. Wenn, ja, wenn sich nichts ändert.

Herr Peters, Deutschland kann der große Profiteur des Brexits werden, viele Londoner Banker wollen künftig in Frankfurt arbeiten. Freuen Sie sich über die neue Stärke des deutschen Finanzplatzes?

So einfach ist die Rechnung nicht. Der Ausstieg Großbritanniens aus der EU wird den Finanzplatz London schwächen, aber das wird nicht einfach widerstandslos geschehen. Der Gegenwind ist schon jetzt zu spüren.

Wie macht der sich bemerkbar?

Ich habe Sorge, dass die Briten nicht nur einen Steuer-, sondern auch in einen Regulierungswettbewerb eintreten. Das würde die Banken der übrigen EU-Staaten erheblich treffen, auch die deutschen Geldhäuser. Hinzu kommt, dass die US-Regierung ebenfalls prüft, die Aufsichtsregeln für Banken zu lockern. Wenn das alles so kommt, müssen sich die deutschen Banken auf ungemütliche Zeiten einstellen. Dabei war es nach dem Ausbruch der Weltfinanzkrise ein Segen, dass global einheitliche Bankenregeln unter den G20-Staaten verabredet wurden. Jetzt stehen wir womöglich vor einer Epoche, in der einzelne Länder zu einer nationalistischen Regulierung zurückkehren. Das ist gefährlich.

Hat die Bundesregierung die Gefahr erkannt?

Die Risiken sind auch den verantwortlichen Politikern in Berlin bekannt. Das Problem ist, dass dort Fragen der Bankenregulierung aktuell nicht im Fokus stehen. Vielmehr geht es ihnen um die Ausgestaltung des Brexit-Vertrags und die Stärkung Europas gegen populistische Tendenzen.

Wie reagieren die Bankenaufseher darauf?

Die Finanzaufsicht Bafin hat Verständnis für diese Themen. Wir führen bereits intensive Gespräche, wie man auf eine solche Situation reagieren könnte. Bisher waren die Bankenaufseher ausgesprochen pragmatisch. Die Vorbereitungen müssen jetzt beginnen, sonst drohen den deutschen Banken erhebliche Nachteile.

Kommt dieses Verständnis auch von der Europäischen Bankenaufsicht? Danièle Nouy, die Chefin der EZB-Bankenaufsicht, hat doch immer wieder betont, dass die Geldhäuser erst einmal die Geschäftsmodelle in Ordnung bringen müssen.

Der Punkt ist auch nicht von der Hand zu weisen. Die europäischen Banken leiden unter einer ernst zu nehmenden Ertragschwäche. Das liegt zum Teil an den Geschäftsmodellen, zum Teil aber auch an der Regulierung und ihrer Umsetzung. So ist beispielsweise die Bankenabgabe in Deutschland steuerlich nicht abzugsfähig. Das widerspricht den Grundprinzipien

Blog Steuerrechtes. Im vergangenen Jahr mussten wir auf die rund eine

Milliarde Euro Bankenabgabe auch noch 400 Millionen Euro Steuern zahlen. Zudem ist es zwingend erforderlich, kleinere Banken von den bürokratischen Lasten der Regulierung zu befreien. Und es gibt ein weiteres Problem, gerade für das traditionelle Geschäftsmodell vieler deutscher Banken.

Welches?

Die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank und die negativen Einlagezinsen. Dieser Punkt ist eine erhebliche Belastung. Wenn man die Strafzinsen für bei der EZB geparktes Geld addiert, kommt man auf eine Summe von 500 Millionen Euro im Monat, im Jahr sind das schon sechs Milliarden Euro. Das ist eine erhebliche Belastung für eine Branche, die gleichzeitig ihr Eigenkapital stärken, das Geschäftsmodell umbauen und in die digitale Transformation investieren soll. Diese Rechnung zeigt, den Banken bleibt kaum noch Luft zum Atmen.

Das klingt wie die übliche Rhetorik eines Branchenverbands.

Das ist es aber nicht. Solange die Wirtschaft so gut läuft wie jetzt, drohen keine Verwerfungen. Ich mache mir allerdings Sorgen, wenn das Wachstum einmal deutlich schwächer werden sollte. Jeder weiß, dass kein Aufschwung ewig anhält. Und die deutsche Wirtschaft ist besonders verwundbar, wenn die protektionistischen Tendenzen im Welthandel zunehmen.

Aber bisher gibt es so gut wie keine Kreditausfälle in Deutschland, damit haben doch eher Banken in Italien zu kämpfen. Was sollte die EZB tun?

Bei einer Inflationsrate von etwas unter zwei Prozent gibt es überhaupt keinen Grund mehr, massiv Bonds zu kaufen und am negativen Einlagezins festzuhalten. Die EZB sollte deshalb dringend diese Strafsteuer für Banken beseitigen - oder zumindest einen Freibetrag einführen, wie etwa in der Schweiz oder in Japan. Europas Banken könnten so auf einen Schlag ihre Belastungen um mehrere Milliarden Euro reduzieren. Geld, das sie dringend brauchten.

Warum hat der negative Einlagezins nicht die gewünschte Wirkung entfaltet?

Ganz einfach: Die Banken können den negativen Zins kaum an ihre Kunden weitergeben, deshalb hat er keine oder kaum real wirtschaftliche Effekte ausgelöst.

Sollte die EZB auch die lockere Geldpolitik, namentlich das Anleihekaufprogramm für Staatsanleihen, beenden? Die Bundesbank und andere Institutionen warnen bereits vor negativen Effekten.

Blog Das Kaufprogramm sollte - wie seinerzeit in den USA - in Schritten auslaufen. Die Märkte sollten jetzt darauf eingestellt werden. Wir können der Europäischen Zentralbank nur Empfehlungen geben. Aber es ist an der Zeit, dass die EZB mit dem Einstieg in den Ausstieg der expansiven Geldpolitik beginnt. Dass die EZB womöglich erst im Herbst dieses Jahres verkünden wird, wie es im nächsten Jahr mit dem Kaufprogramm weitergeht, ist definitiv zu lang.

Im Ranking der nach Bilanzsumme größten Banken ist die Deutsche Bank zwar noch auf Platz eins, aber dahinter folgen bereits die fusionierte DZ/WGZ-Bank, dann die staatliche KfW und dann erst die Commerzbank. Muss Sie diese Verschiebung der Kräfteverhältnisse zulasten der privaten nicht beunruhigen?

Die Reihenfolge ist historisch betrachtet in der Tat auffällig, sie beunruhigt mich aber nicht. Die KfW hat als Förderinstitut ja ohnehin eine Sonderstellung. Die privaten Banken müssen sich gegen extrem wettbewerbsfähige internationale Banken behaupten, vor allem gegen die Konkurrenz aus den USA und Großbritannien. Es ist sehr schwer, in dem von einer hohen Wettbewerbsintensität geprägten deutschen Bankenmarkt nachhaltig Gewinne zu erwirtschaften. Umso wichtiger ist es, dass die europäischen Bankenaufseher die Regulierungsschraube nicht weiter anziehen.

Drohen die schwach kapitalisierten deutschen Banken nicht möglicherweise zu Übernahmekandidaten zu werden, wenn diese Entwicklung anhält?

Das Risiko einer Bankenübernahme ist immer gegeben, auch in Deutschland. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass der deutsche Markt aufgrund der wirtschaftlichen Stärke unseres Landes für ausländische Banken zwar interessant, wegen der hohen Wettbewerbsintensität aber auch sehr schwierig ist.

Was spricht gegen eine europäische Fusion von Banken, um den großen US-Banken einen ernst zu nehmenden Gegner entgegensetzen zu können?

Ich halte es für eine sinnvolle Idee, ein schlagkräftiges, global aufgestelltes Bankhaus in Europa zu formen. Voraussetzung ist aber, dass sich die Bankenmärkte in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern für solche grenzüberschreitenden Bankenfusionen öffnen. Auch regulatorisch ist eine solche Fusion nicht ganz einfach, denken Sie etwa an das deutsche Trennbankengesetz und entsprechende Überlegungen in der EU.

Die US-Banken sind nicht nur schlagkräftiger, sie sind auch bei der digitalen Transformation weiter...

Da widerspreche ich. Wir sind in vielen Fragen mindestens gleichauf, wenn nicht sogar weiter. In den USA werden Kartenzahlungen beispielsweise immer noch über den unsicheren Magnetstreifen autorisiert. Zudem setzen in Deutschland viele Banken auf Kooperationen mit Fintechs, den neu gegründeten

Blog in der Finanzszene. Diese Zusammenarbeit ist extrem wichtig und lehrreich.

Auch zehn Jahre nach der Finanzkrise kritisieren Politiker immer wieder die gierige Bankenwelt. Warum ist der Ruf der Banken weiter so schlecht?

Politiker stehen Banken nach wie vor kritisch gegenüber. Aber das Verhältnis hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Dass die Banken auf dem richtigen Weg sind, den Erwartungen der Gesellschaft gerecht zu werden, zeigen Umfrageergebnisse. So sind neun von zehn Deutschen mit der Arbeit ihrer Bank und ihres Bankberaters zufrieden. Das ist eindrucksvoll.

Und das, obwohl Geldanlage in Zeiten von Nullzinsen eher ein frustrierendes denn freudiges Erlebnis ist?

Ja. Das Problem ist vielmehr, dass viele Deutsche ihr Geld immer noch sehr risikoavers anlegen. So werbe ich seit 30 Jahren dafür, dass Kunden mehr Geld in Aktien investieren.

Allerdings ohne durchschlagenden Erfolg.

Vielen Dank. Aber Sie haben recht. Das ist ein dickes Brett, aber ich gebe da nicht auf. Die Deutschen vergeben durch falsche Scheu viele finanzielle Möglichkeiten. Es wird aber kaum gelingen, das Anlageverhalten zu ändern, wenn die regulatorischen Vorschriften in der Bankberatung so bleiben, wie sie sind.

Was meinen Sie genau?

Die Banken werden durch das geplante Bankberatungsgesetz Mifid II gezwungen, alle Beratungsgespräche aufzuzeichnen. Wenn der Kunde da nicht einwilligt, können die Gespräche gar nicht stattfinden. Zudem verlangt der Gesetzgeber, dass der Kunde zwingend viermal im Jahr über die Entwicklung seiner Anlageprodukte informiert wird, auch hier gibt es keine Ausweichmöglichkeit. Der Kunde wird geradezu entmündigt. Allein diese beiden Punkte führen dazu, dass die Bankberatung kontinuierlich zurückgeht, weil der Aufwand sich für die Institute nicht mehr lohnt. Und das in einer Zeit, in der die Kunden wegen der niedrigen Zinsen mehr denn je Beratung brauchen. Das ist doch absurd.

Was wollen Sie dagegen tun?

Mifid II ist verabschiedet und wird ab dem 3. Januar 2018 zu beachten sein. Wir werden die Auswirkungen auf das Beratungsgeschäft der Banken sorgfältig analysieren. Eine Beschädigung der hohen Beratungskultur in Deutschland, die derzeit eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung gewährleistet, kann auch nicht im Interesse des Gesetzgebers sein. Dann müssen wir die nächste sich bietende Gelegenheit in Brüssel nutzen, um derart schlimme Auswüchse zu beseitigen.

Blog sind Sie erfolgreicher als beim Aufbau einer Aktienkultur in Deutschland?

Die Herausforderung ist, dass wir eine abgestimmte Position unter allen 27 EU-Ländern herstellen müssen. Das wird nicht einfach, ist aber auch nicht unmöglich. Ich bin ein Optimist.

Das Gespräch führte Sven Afhüppe.